

„Beschäftige mich nicht mit Alternativen“

Koalition neu: Landeshauptmann Stelzer (ÖVP) rät den drei Parteien, Stärken zu suchen. Blau-Schwarz im Bund lehnt er ab.

Beginnen wir mit der steirischen Landtagswahl vom vergangenen Sonntag: Welchen Anteil hatten Bundesthemen? Und ist Christopher Drexler ein Bauernopfer?

Thomas Stelzer: Das Ergebnis ist überhaupt nicht erfreulich. Dass die FPÖ Erster wird, war nicht unwahrscheinlich. Allerdings hat mich die Dimension des Abstandes überrascht. Sicher hat die bundespolitische Situation, dass man den Wahlsieger nicht mit der Regierungsbildung beauftragt, ihren Anteil gehabt. Aber wie bei jeder Regionalwahl sind sicher auch regionale Gründe ausschlaggebend.

Was hätte Alexander Van der Bellen tun sollen?

Stelzer: Wir haben demokratiepolitische Usancen und die haben bisher geheißt, der Stimmenstärkste wird zumindest beauftragt, eine Regierung zu bilden. Das ist übersprungen worden mit all den Nebenwirkungen, die wir artikuliert und befürchtet haben, dass die FPÖ ihre Opferrolle sehr gekonnt weiterpflegt und inszeniert.

Wie beurteilen Sie die aktuellen Koalitionsgespräche?

Stelzer: Wir wissen nicht wirklich, ob das was wird oder nicht. Aus meiner Sicht kann es nur dann was werden, wenn man sagt, wir holen die drei Stärken zusammen. Es darf nicht der Regelfall werden, dass es einen Drittelkompromiss gibt, also dass bei jeder Frage irgendwie gedrittelt werden muss und jeder ein bisschen Recht haben muss.

Was sind die Stärken?

Stelzer: Thema Nummer eins

ist der Wirtschaftsstandort. Da haben wir, wie in ganz Europa, einen massiven Bedarf: Leistungsanreize, Investitionsanreize, Verfahrensbeschleunigung und, und, und. Zweiter Punkt ist die Migrationsfrage. Wir haben in Oberösterreich einiges probiert an Verschärfungen. Das sind Hausverstandsregeln: Wer sich nicht an Regeln hält, muss Konsequenzen spüren. Wer nicht in den Deutschkurs geht, kriegt weniger Sozialhilfe. Das Dritte ist, dort zu unterstützen, wo Menschen nicht aus eigener Kraft ihr Leben bewältigen können. Das heißt aber nicht, dass man alles und jeden fördert, sondern punktgenau und einkommensabhängig.

„Ob dieser Weg wirklich über die Ziellinie führt, werden wir sehen.“

Thomas Stelzer, ÖVP (ÖÖ. Landeshauptmann)

Da lässt sich bei den drei Partnern jeweils was finden. Aber: Wir sind am Beginn der Straße, und ob dieser Weg wirklich über die Ziellinie führt, werden wir sehen.

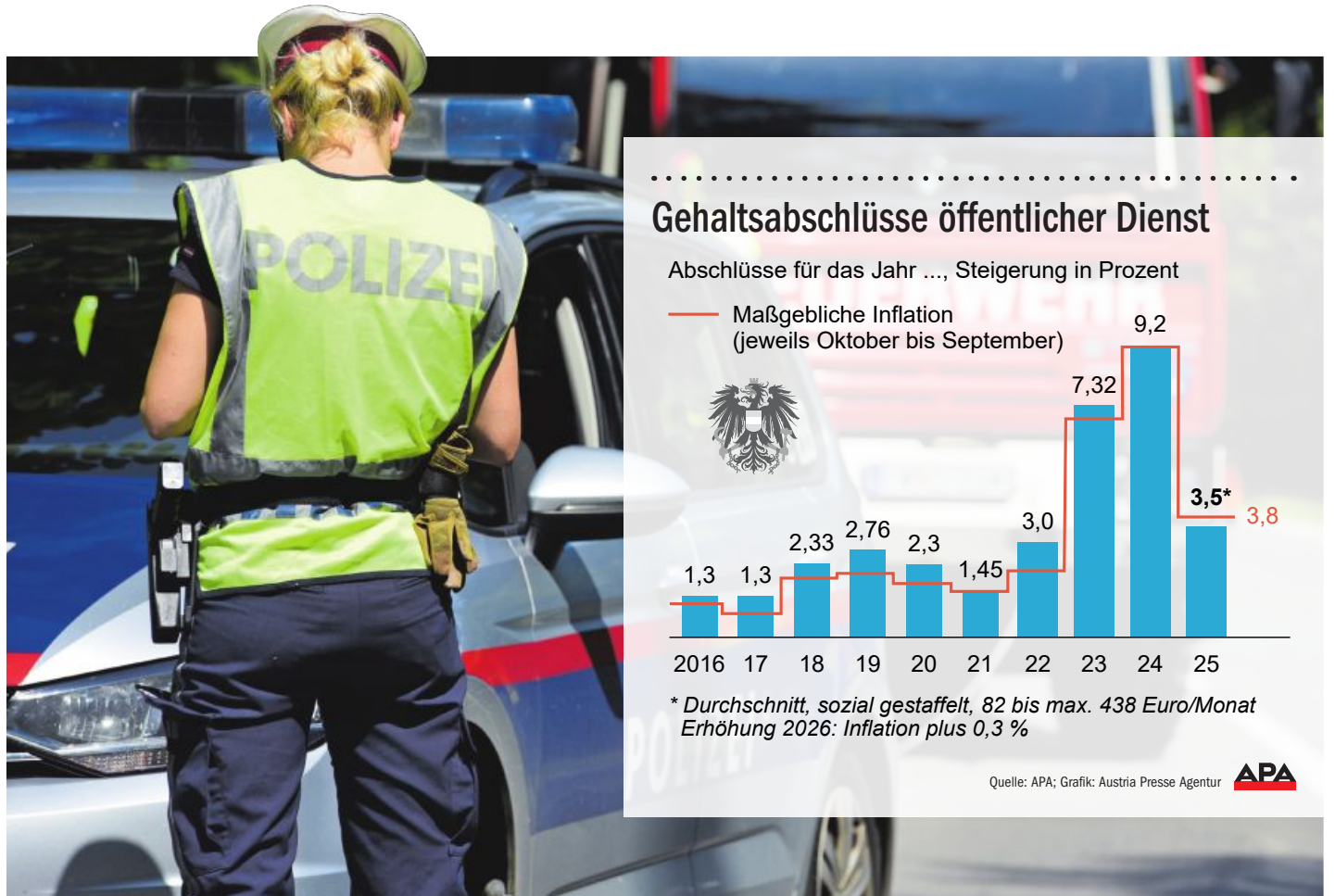
Gibt es eine Abzweigung? Blau-Schwarz im Bund?

Stelzer: Wir werden alles daransetzen, dass die ÖVP die Regierung anführt und den Kanzler stellt – sonst würden wir uns ja selbst verleugnen. Das wollen wir und daran wirken auch alle mit. Darum beschäftige ich mich, ehrlich gesagt, nicht mit Alternativen. In der ÖVP kann sich eigentlich niemand vorstellen, Kickl zum Bundeskanzler zu machen. Wir haben Sorge, dass das dann eher Richtung ungarische Verhältnisse oder polnische Verhältnisse geht, und das wollen wir nicht.

Das Gespräch führten die Chefredakteure der Bundesländer-Zeitungen. Die Fragen für die TT stellten Matthias Krapf und Marco Witting.

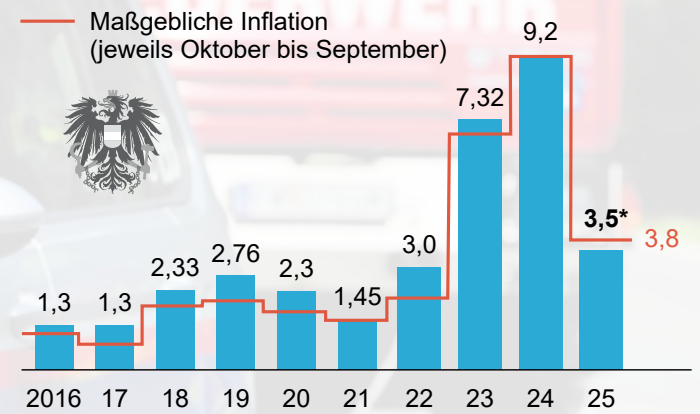


Thomas Stelzer (ÖVP) ist Landeshauptmann von Oberösterreich. Im Land regiert er mit der FPÖ. Einen Kanzler Herbert Kickl lehnt er ab. Foto: ÖÖN/Togay



Gehaltsabschlüsse öffentlicher Dienst

Abschlüsse für das Jahr ..., Steigerung in Prozent



* Durchschnitt, sozial gestaffelt, 82 bis max. 438 Euro/Monat
Erhöhung 2026: Inflation plus 0,3 %

Quelle: APA; Grafik: Austria Presse Agentur APA

Polizei, Lehrpersonal, Bundesheer: Der Gehaltsabschluss für den öffentlichen Dienst gilt bundesweit für mehr als 230.000 Personen.

Foto: iStock

Plus 3,5 Prozent Gehalt für den öffentlichen Dienst

Die Einigung auf einen Gehaltsabschluss kam Beamten-Demo zuvor. Das Land Tirol übernimmt den Abschluss. Die NEOS sind sauer.

Wien, Innsbruck – Die Regierung und die Gewerkschaften der öffentlich Bediensteten haben am Dienstag unmittelbar vor den Bundes-Personalvertretungswahlen und vor einer in der Wiener Innenstadt geplanten Protest-Kundgebung doch noch einen Gehaltsabschluss geschafft. Dieser gilt gleich für zwei Jahre. Für das Jahr 2025 bleibt man mit im Schnitt 3,5 Prozent unter der maßgeblichen Inflation von 3,8 Prozent. Zum Ausgleich sollen die fehlenden 0,3 Prozentpunkte aber im Jahr 2026 auf die Teuerung aufgeschlagen werden.

Der Abschluss gilt grundsätzlich für rund 230.000 Personen. Darin enthalten ist die gesamte Bundesverwaltung, zu der etwa auch Polizei und Bundesheer gehören, darin enthalten sind aber auch die Bundes- und Landeslehrer. Für die 324.000 Landes- und Gemeindebediensteten können die Bundesländer entscheiden, ob sie den Abschluss übernehmen. In Tirol wird das der Fall sein. „Wir wollen mit diesem sehr raschen Schritt auch unseren Landesbediensteten Klarheit geben sowie ein Signal, dass sie sich auf uns als

Arbeitgeber verlassen können“, sagte Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP).

Zum Abschluss gehört eine soziale Staffelung. Das monatliche Plus soll jedenfalls 82,40 Euro betragen – Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen profitieren daher besonders.

Umgekehrt wird die Erhöhung mit 437,80 Euro gedeckelt. Wer mehr als rund 12.500 Euro pro Monat verdient, bekommt daher diesen

Fixbetrag statt der vollen prozentuellen Erhöhung. Nach Auskunft aus dem noch von Werner Kogler (Grüne) geführten Beamtenministerium betrifft diese Begrenzung rund 100 absolute Topverdiener im öffentlichen Dienst.

„Enttäuscht und erbost“

Verhandelt haben den Abschluss auf der einen Seite die Gewerkschaften des öffentlichen Diensts. Sie begrüßen die Einigung – umso mehr, als

die Bundesbediensteten heute und morgen ihre Personalvertretungen wählen.

Auf der anderen Seite saßen zwei Minister, die einer künftigen Bundesregierung vermutlich nicht angehören werden: Grünen-Chef Kogler als Beamtenminister und Übergangs-Finanzminister Gunter Mayr. Die Kosten für den Bund betragen rund 620 Millionen Euro.

Damit der Abschluss in Kraft treten kann, ist auch ein Beschluss des Nationalrats erforderlich. Die bisherige Regierung von ÖVP und Grünen hat keine Mehrheit. Eine Zustimmung der SPÖ gilt als wahrscheinlich.

Verärgert sind aber die NEOS, die mit ÖVP und SPÖ über eine künftige Koalition verhandeln. Die NEOS seien weder eingebunden noch informiert worden, kritisierte der Abgeordnete Josef Schellhorn. Er sei „einigermaßen überrascht, irgendwie enttäuscht und ein wenig erbost“, sagte er. Er will nun wissen, woher die nötigen Mittel kommen. Denn das Finanzministerium habe in seinen bisherigen Rechnungen nur ein Plus von zwei Prozent vorgesehen gehabt. (sabl)

Österreich droht ein Defizitverfahren der EU

Brüssel – Die Europäische Kommission erwägt die Eröffnung eines Defizitverfahrens gegen Österreich: Österreichs Budgetdefizit entspreche nicht den Vorgaben Brüssels, teilte die Behörde mit. Die Kommission „könnte“ daher den Mitgliedstaaten empfehlen, ein „übermäßiges Defizit festzustellen“. Der Rat der Mitgliedstaaten entscheidet dann, ob ein Verfahren eingeleitet wird.

Die Kommission ging auch auf die Regierungsverhandlungen in Österreich ein und will auf deren Ergebnisse warten. Der für ein Defizitverfahren zuständige Rat der Wirtschafts- und Finanzminister tagt im Jänner. Wenn Österreich – eine neue Regierung also – vorher ausreichende Maßnahmen gegen das Defizit meldet, kann ein Verfahren verhindert werden. (APA, TT)

Ein Ministerium für die Demokratie?

Wien – In Wien stellte sich gestern das neu gegründete Österreichische Netzwerk Zivilgesellschaft (ÖNZ) vor. 21 Organisationen, darunter Greenpeace, Attac, Volkshilfe, Katholische Jungchar und die Armutskonferenz, sehen die Demokratie in Gefahr und wollen gemeinsam gegensteuern. Zu den konkreten Vorschlägen und Forderungen zählen ein eigenes

Demokratieministerium, ein Demokratiefonds und die verstärkte Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern. Weiters wünscht sich das Netzwerk von einer künftigen Regierung „Demokratie-Checks“ für Gesetze und ein Demokratiefördergesetz. „Demokratie ist mehr als eine Regierungsform“, sagt Ursula Bittner von Greenpeace Österreich. (APA)



21 Organisationen – von Greenpeace über Attac bis zur Katholischen Jungchar – wollen die Demokratie unterstützen und fördern. Foto: APA/Hochmuth